



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

4. Dezember 1950

P/V/282

Hinweise auf
den Inhalt:

| | |
|---|------|
| Die Wahlen von Berlin | S. 1 |
| Warum Jugoslawien hungert | S. 3 |
| Die Renazifizierung von Schlesw.-Holstein | S. 4 |
| Sozial enttäuschte CDU-Politiker | S. 5 |

Die Wahlen von Berlin

sp. Zu dem Ergebnis der Berliner Wahlen wird aus Kreisen des Vorstandes der SPD erklärt, dass das politische Bekenntnis zum Westen in Berlin eindeutig sei. Die Kommunisten haben mit ihren Abstinenz- und Sabotageparolen einen denkbar grossen Misserfolg erreicht.

Die Sozialdemokratie hat ihre absolute Mehrheit verloren. Die 64,5 Prozent aus dem Jahre 1948 waren ein Ergebnis, das unter keinem Gesichtspunkt haltbar war. Schliesslich hat in Berlin noch niemals auch nur die Hälfte der Einwohner von der Industrie gelebt. Jetzt ist der Anteil der Industrie-Beschäftigten in West-Berlin noch sehr viel geringer. Die finanzielle Abhängigkeit Berlins von der Bundesregierung und die grosse Arbeitslosigkeit haben an der Front der Sozialdemokratie genagt. Die Kreise ohne politischen Standpunkt, die im Dezember 1948 sozialdemokratisch gewählt haben, möchten es nun einmal anders herum versuchen. Sie erhoffen sich wohl dadurch eine positivere Haltung der Bundesregierung und der westlichen Wirtschaft. Dieses politische Herumraten ist ihnen dadurch erleichtert worden, dass trotz der früheren riesigen Mehrheit der Sozialdemokratie die beiden Konkurrenzparteien in der städtischen Regierung einflussreich vertreten waren, was sie allerdings nicht hinderte, diesen Wahlkampf als rabiate Oppositionelle und Ankläger zu führen. Hinzu kommt, dass die Wahlen vom 3. Dezember 1950 keine Blockade-Wahlen waren. Die Kreise des Bürgertums, die im Geschäft den Inhalt ihres Lebenssehen, fühlten sich dieses Mal sicher genug, um rein nach ihren Besitz- und Geschäftsinteressen

zu entscheiden. Sie wählten CDU oder FDP.

Die neu aufgetretenen kleineren Parteien sind von den Berlinern nach Hause geschickt worden. Das beweist nicht, dass es die von diesen Parteien repräsentierten Stimmungen nicht auch in grösserem Umfange gibt. Die Träger solcher Meinungen haben es aber vorgezogen, es noch einmal mit der CDU oder FDP zu versuchen.

Wenn ganz Berlin gewählt hätte, dann hätte sich der proletarische Charakter des Berliner Ostens und Nordens zu-gunsten der Sozialdemokratie ausdrücken müssen. Darum sind alle Parallelen, die die Wahlergebnisse der Zeiten vor der Herrschaft des Nationalsozialismus mit diesen Wahlen vergleichen, abwegig. Es handelt sich nur um West-Berlin.

Allerdings hat die SPD am 20. Oktober 1946 in den drei westlichen Sektoren bereits 51,7 Prozent erreicht gehabt. Diese Zahl ist ein Gradmesser. Jedes Prozent, das unter ihr liegt, ist ein Stück Mißerfolg. Wir halten das Ausschlagen des Pendels nach der anderen Seite nicht für einen festen politischen Tatbestand. Aber der jetzt erreichte sozialdemokratische Anteil zwingt die SPD zu einer genauen Überprüfung und wahrscheinlich zu einer Anzahl notwendiger Reformen, falls zu einer verstärkten Belebung ihres kämpferischen Impulses.

Entgegen der nachträglichen Bemerkungen hat der Kampf um einen deutschen militärischen Beitrag für die Verteidigung der westlichen Demokratie in den ersten Wochen des Wahlkampfes fast gar keine Rolle gespielt. Erst in der letzten Woche trat er mehr in den Vordergrund. Dabei hat sich gezeigt, dass die Versammlungsbesucher grösstenteils den sozialdemokratischen Standpunkt nicht ausreichend gekannt hatten. Andernfalls hätte die Politik der bedingungslosen Remilitarisierung, die zwangsläufig bei einem eventuellen russischen Angriff rein defensiv ist und den Osten praktisch garnicht in Rechnung stellt, für die Berliner eine ablehnende Haltung gegenüber den Parteien der Bundesregierung erzeugen müssen. Die Meinung des deutschen Volkes in der sogenannten Remilitarisierungsfrage, wie sie sich bei den süddeutschen Länderwahlen auszudrücken begann, ist durch das Berliner Wahlergebnis nicht korrigiert worden. In Berlin ging es um die einfachen täglichen Interessen einer grauenvoll verarmten Stadt und den Versuch von Hunderttausenden, mit Hilfe eines anderen Wahlzettels die persönliche Lage jedes einzelnen Menschen zu verbessern.

Man darf jetzt gespannt darauf sein, wie die finanzielle Hilfe, die wirtschaftliche Unterstützung und die Politik, Berlin zum zwölften Land zu machen, von der Bundesregierung positiv betrieben werden. Tut sie es nicht, dann wird sich sehr schnell herausstellen, dass die Wahlerfolge der beiden bürgerlichen Parteien auf Sand gebaut sind.

Tito muss seine Agrarpolitik revidieren

H.S.Wien, im Dezember

Tito ist zu der Einsicht gekommen, dass sich der laufende Fünfjahresplan der Industrialisierung Jugoslawiens nicht verwirklichen lässt, dass es in Jugoslawien keinen zweiten derartig überspitzten Fünfjahrplan geben wird und dass in Bezug auf die Industrialisierung des Landes ein langsames Tempo eingeschlagen werden soll. Ernste Ernährungsschwierigkeiten zwangen die jugoslawische Regierung ausserdem zur Kürzung der ohnehin nicht üppigen Lebensmittelrationen und zur Beseitigung aller Sonderrechte, die politische Funktionäre bisher hinsichtlich der Lebensmittelversorgung hatten. Neben der Dürre dieses Sommers muss jedoch auch die überradikale Agrarpolitik Titos für die gegenwärtige Ernährungskrise in Jugoslawien verantwortlich gemacht werden.

Als Moskau den Bannfluch gegen Tito schleuderte, suchten die Leiter der jugoslawischen KP den gegen sie erhobenen Vorwurf der Nachgiebigkeit gegenüber den Bauern dadurch zu entkräften, dass sie die Landwirtschaft radikaler kollektivisierten, als dies in den kominformhörigen Nachbarländern geschah. Die Zahl der Kollektive, die 1946 nur 423 betrug, wurde bis Anfang 1950 auf rund 6000 gesteigert. In der Vojvodina, der Kornkammer Jugoslawiens, werden heute mehr als 65 Prozent des Bodens von Staatsgütern und Kollektivwirtschaften bewirtschaftet. Es bestand aber keine Möglichkeit, die neugebildeten Grossbetriebe mit Traktoren und Maschinen auszurüsten. Die Bewirtschaftung der zusammengelegten Wirtschaftsflächen mit den rückständigen Produktionsmitteln der kollektivisierten Kleinbetriebe liess die Erträge stark absinken.

Die unmittelbare Folge der überstürzten Kollektivisierung war neben dem Abschlechten der bäuerlichen Viehbestände ein Rückgang der Anbaufläche um 500 000 ha. Auch den Einzelbauern wurde übel mitgespielt. Wie Tito im März 1950 in Dvar erklärte, wurden bei der zwangsweisen Ernteerfassung im Herbst die Scheunen gewaltsam leergeäumt, so dass viele Bauern im Frühjahr keine Bestellung vornehmen konnten. Die zwangswise in die Kollektive gepressten Bauern entwickelten verständlicherweise keine besondere Begeisterung für die Gemeinschaftsarbeit. Tito sagt darüber wörtlich: "Ich glaube, dass wir in der Frage

der bäuerlichen Gemeinschaften die meisten Fehler gemacht haben. Es wurde nicht auf die realen Möglichkeiten, auf die Menschen, auf die Stimmung der Menschen und darauf gesehen, ob diese Menschen bereit sind, in eine Gemeinschaftsarbeit einzutreten". Er gibt ferner zu, dass man vielerorts die Bauern durch Drohung mit Steuererhöhungen und Zwangsarbeit in die Kollektive gezwungen hat.

In dem Bestreben, die politischen Vorwürfe Moskaus zu entkräften, haben sich die Leiter der jugoslawischen KP also zum Schaden ihres Landes in eine Katastrophenpolitik drängen lassen. Der Vorwurf der indirekten Abhängigkeit von Moskau muss umso schärfer erhoben werden, als die selbstkritischen Bemerkungen Titos bis heute noch zu keiner Änderung der Politik im jugoslawischen Dorf geführt haben. Ausserdem war den Verantwortlichen das Verderbliche ihres Tuns bewusst. Wirtschaftsminister Kridic hatte auf dem Parteikongress von 1948 eingehend dargelegt, warum unter den besonderen jugoslawischen Bedingungen eine Nachahmung der russischen Kollektivisierung unmöglich sei. Das hinderte ihn nicht, ein Jahr später übereifrig nach Stalins Wünschen zu handeln.

Jugoslawien erhält aus USA Lebensmittellieferungen zur Vermeidung einer Hungersnot. Die ersten Mehltransporte aus Italien und Westdeutschland sind bereits im Rollen. Aber ein noch wichtigerer Beitrag, den Jugoslawien selbst zur dauernden Besserung seiner Ernährung leisten kann, ist die Abkehr vom Zwang zur Kolchosbildung und die Abstimmung auch des freiwilligen Genossenschaftswesens auf die Möglichkeit ihrer technischen Ausrüstung. Tito kann auf die Dauer nicht auf USA-Hilfe rechnen, wenn er durch eine überdrehte Kollektivisierung die Getreideproduktion seines Landes ruiniert.

- - - - -

Sauckel "rechte Hand" Regierungsdirektor in Kiel

E.M.Kiel, im Dezember

Der Landesverband Nordmark des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, sich mit dem Leiter der Abteilung Arbeit im schleswig-holsteinischen Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene, dem am 1. November 1950 zum Regierungsdirektor ernannten Dr. Max Tamm, "nicht mehr an einen Fisch zu setzen." Das bedeutet u.a., dass die Vertreter der Gewerkschaften an keinerlei Verhandlungen zwischen Ar-

beitgebern und Arbeitnehmern teilzunehmen gedenken, denen der erste Beamte des Arbeitsministeriums beiwohnt. Der DGB beabsichtigt, wie der erste Vorsitzende, Heinrich Steinfeld, erklärte, an diesem Beschluss solange festzuhalten, bis die Regierung auf die Tätigkeit Dr. Timms verzichtet.

1933 erhielt Dr. Timm, an Stelle des Sozialdemokraten de Bur die Position des Arbeitsamtsleiters in Heide (Holstein). Auf Grund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP und SA wurde er bald Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium und war während des Krieges der verantwortliche Leiter der berüchtigten Abteilung für den Arbeitseinsatz unter dem Gauleiter und Reichskommissar Fritz Sauckel, der in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt wurde. Die Abteilung Arbeitseinsatz ist für die zwangsweise Verschleppung von Millionen von Ausländern verantwortlich, Zehntausende von ihnen fanden ein Ende in den Gestapokellern oder KZ's.

Die Gewerkschaften haben bei der Kieler Regierung angefragt, ob es richtig sei, dass Dr. Timm wegen seiner besonderen Verdienste um die Beschaffung von Fremdarbeitern das Goldene Parteiabzeichen "ehrenhalber" und das Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz erhalten habe. Die Regierung hat diese Frage nicht beantwortet.

Nach einem in Nürnberg verlesenen Protokoll einer Konferenz Sauckels, Dr. Timms und der Präsidenten der Arbeitsämter auf der Wartburg am 15. und 16. Juni 1944 heisst es: "Sturm berichtete aus seinem Sektor Arbeitsdisziplin (Strafrecht) wie folgt: "Wir arbeiten mit Gestapo und KZ und sind damit sicher auf dem richtigen Wege." Nach demselben Wortprotokoll hat Dr. Timm erklärt: "Der Führer hat die Anwendung von Zwangsmassnahmen in vollem Umfange gebilligt."

Seit kurzem hat nun Dr. Timm wiederum die oberste Position in der Arbeitsverwaltung inne - diesmal in einem deutschen Bundeslande, dessen neue Regierung behauptet, sie lehne die Methoden des Nazistates "aus tiefster Überzeugung" ab. Ministerpräsident Bartram (Pg. seit 1937) hat erklärt, die Regierung habe die Vergangenheit Dr. Timms "eingehend geprüft". Da er in die Gruppe V eingestuft worden sei, bestehe für die Regierung keine Verhässung, an seiner demokratischen Zuverlässigkeit im geringsten zu zweifeln. Timm sei ausserdem ein

Mann von "hohen charakterlichen Qualitäten".

Menschliches Verständnis und Toleranz gegenüber ehemaligen "kleinen Parteigenossen" gehört zu den Grundsätzen auch der schleswig-holsteinischen Opposition. Niemand hätte Anstoss daran genommen, wenn Dr. Timm in der Bundesrepublik etwa Verwaltungsoberinspektor geworden wäre. Aber ihm eine der obersten Positionen in der schleswig-holsteinischen Verwaltung anzuvertrauen, bedeutet eine Provokation aller derer, denen es mit dem neuen deutschen Staate ernst ist. Eine solche Personalpolitik verstösst nicht nur gegen den politischen Takt, sondern zeugt geradezu von demokratischer Verantwortungslosigkeit.

Sozial enttäuschte CDU-Funktionäre

(sp) Einen Tag vor dem Landesparteitag der CDU Schleswig-Holsteins hat Dr. Emcke, Mitglied des Landespartei Vorstandes und Vorsitzender des Kreisverbandes Kiel der CDU, seinen Austritt aus der Partei bekanntgegeben und gleichzeitig alle Parteiämter niedergelegt. Dr. Emcke ist Mitbegründer der CDU von Schleswig-Holstein. In seinem Austrittsschreiben sagt er u.a., dass es bei der Gründung gegolten habe, "die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, die grosse materielle und seelische Not unseres Volkes zu beheben und eine Neuordnung zu gestalten, und zwar auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit." Er habe geglaubt, dass die CDU, die sich wohlüberlegt "christlich" (die Anführungsstriche stammen von Dr. Emcke selbst) nenne, damit ihre Entschlossenheit bekunde, dieses Ziel im gemeinsamen Streben zu erreichen. "Ich habe mich in diesem Glauben getäuscht", schreibt Dr. Emcke wörtlich.

Dr. Emcke ist nicht der einzige "sozial enttäuschte" Politiker der CDU von Schleswig-Holstein, die soziale Enttäuschung ist auch nicht der einzige Grund seines jetzigen Schrittes. Dr. Emcke ist, was kein Geheimnis ist, als Demokrat mit dem politischen Kurs der gegenwärtigen Koalition in Schleswig-Holstein nicht einverstanden. "Sozial enttäuscht" war vor einem halben Jahr, knapp vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, auch die CDU-Abgeordnete Brandes und "sozial enttäuscht" war schon vor etwa zwei Jahren Pastor Husfeld, der erste Landtagspräsident von Schleswig-Holstein nach dem Zusammenbruch. Sie alle haben es nicht mit ihrem sozialen Gewissen vereinbaren können, länger der CDU anzugehören. Die CDU von Schleswig-Holstein hat bei den letzten Landtagswahlen eine Bestätigung dieser in CDU-Kreisen weit verbreiteten "sozialen

Enttäuschung" erhalten. Freilich sind diese enttäuschten Menschen auf dem Umweg über den BHE genau wieder in die Sphäre geraten, der sie mit Hilfe des Stimmzettels entgehen wollten - aber das ist eine Rechnung, die eines Tages der BHE wird begleichen müssen.

- - - -
Ob das reicht ?
=====

sp. Als das Debakel mit den Landtagswahlen in Hessen und Württemberg-Baden eintrat, entschloss sich die CDU-Leitung dazu, zu erklären, die Hauptschuld trage die unzureichende Aufklärung. Herr Brand, der Bundespresse-Chef, musste über die Klinge springen. Er tat es gern, wie wir aus einer Unterhaltung mit ihm vor den Wahlen wissen. Er hatte es satt, eine mehr als dürftige Sache vertreten zu sollen. Und er war auch, nach seiner mangelnden journalistischen Erfahrung, nicht der rechte Mann dazu.

Nun ist, unter anderem der "DUD", der Pressedienst der größten Regierungspartei, in die Bresche gesprungen, Versäumtes nachzuholen. Ungefähr in jeder Ausgabe wird über den "anderen" Schumacher, den "Verrat der SPD" an Europa, über "Neuwahlen am laufenden Band" und ähnlichen Themen geleitartikelt, dass es nur so raucht vor töchterspezifischer Gesinnung. Man schreibt ohne Argumente, dafür aber mit Entrüstung. - Ob das im Sinne jener Beanstandungen an der kümmerlichen Regierungs- und CDU-Publizistik ausreicht?

+ + + +

Es war der "Schutzverband der Steuerzahler"

(sp) In unserer Ausgabe Nr. 280 vom 1. Dezember 1950 haben wir unter der Überschrift "Reemtsma und der Bund der Steuerzahler" den Inhalt eines Briefes des Vorstandes der Reemtsma-Cigarettenfabriken, Hamburg an den "Schutzverband der Steuerzahler", Frankfurt/Main zur Kenntnis gebracht und auf Grund der darin enthaltenen Tatsache einer Zahlung von 22 500 DM an den Schutzverband einen entsprechenden Kommentar geschrieben. Bedauerlicherweise wurde in unserem Kommentar wiederholt vom "Bund der Steuerzahler" gesprochen. Wir werden nun vom Bund der Steuerzahler, Präsidialsitz Stuttgart, darauf aufmerksam gemacht, dass zwei Organisationen dieser Art bestehen und dass der Bund der Steuerzahler mit dem Schutzverband der Steuerzahler (Frankfurt) nicht identisch sei. Wir bitten daher bei Verwendung unseres Kommentars vom "Schutzverband der Steuerzahler", nicht vom "Bund der Steuerzahler" zu sprechen. Im übrigen gibt die dem Kommentar beigelegte Fotokopie des erwähnten Briefes eine Klarstellung dieses Tatbestandes.

+ + + + + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt